Nr. 124

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

22. November 2019
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Ihre Zukunftsvorstellung: (Grund)rente für alle… ab 69 Jahren?

Anderthalb Millionen Rentnerinnen und Rentner, die nur eine Armutsrente haben, obwohl sie 35 Jahre und länger geschuftet haben, werden künftig die „Grundrente" der Regierung bekommen. Die meisten von ihnen haben damit rund 100 Euro mehr im Monat. Als Alleinstehende haben sie dann 900 oder 1.000 Euro im Monat zum Leben. Und das nennt die Regierung eine „Ehrenrente für lebenslange harte Arbeit"!

Nein, die Grundrente befreit nicht aus der Altersarmut. Mit ihr wird man weiter jeden Tag rechnen müssen, wird bei jeder Stromnachzahlung oder kaputten Waschmaschine zu den Tafeln gehen oder Schulden machen müssen. Und die Regierung gibt offen zu, dass in absehbarer Zeit die Hälfte aller Arbeitenden solche Armutsrenten haben wird!

Wie sollte es auch anders sein? Seit Jahren vernichten alle Konzerne feste Tarifarbeitsplätze oder lagern sie an Subfirmen mit Niedriglöhnen aus. Immer mehr Arbeitende bekommen nur noch Teilzeit- oder befristete Jobs, wo sie zwischendurch immer wieder arbeitslos werden. Diese Angriffe auf Arbeitsplätze und Löhne sind der Hauptgrund für die niedrigen Renten. Und die derzeitigen Entlassungen in vielen Betrieben, und erst recht die Werksschließungen wie bei Knorr, Michelin oder Continental bedeuten, dass weitere Zehntausende (die bislang auf eine halbwegs sichere Rente hoffen konnten) in Altersarmut gestürzt werden.

Die Regierung hat mit zig Reformen ebenfalls die Renten gesenkt – und senkt sie weiter. Hinter dem Feigenblatt der Grundrente wird das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre erhöht. Und sie reden sogar schon davon, es auf 69 Jahre anzuheben! Warum nicht gleich arbeiten bis zum Tod?
Die Erhöhung des Rentenalters aber läuft darauf hinaus, dass immer mehr Arbeitende schon lange vor dem Rentenalter entweder arbeitslos oder so krank werden, dass sie nicht mehr arbeiten können – was in beiden Fällen drastisch gekürzte Renten und ein Lebensende in Armut bedeutet.

Ja, Kapitalisten und Regierung zerstören systematisch unsere Löhne und Renten. Und dann tun sie noch so, als würden sie uns mit der Grundrente ein gnädiges Geschenk machen. Was für eine Umkehrung der Tatsachen!
Die Rente ist kein Almosen, und wir Arbeiter keine Bettler. Wir haben ein Recht, von unseren Löhnen und Renten sorgenfrei leben zu können. Ob wir Frisörin, Lagerarbeiter, Paketbote, Altenpfleger, Busfahrerin oder Putzfrau sind, ob wir in Voll- oder Teilzeit arbeiten oder in Rente sind – keiner dürfte weniger als 1.800 Euro Netto bekommen!

Denn wir erzeugen mit unserer Arbeit allen Reichtum dieser Gesellschaft. Nicht nur das kleine bisschen, das wir als Lohn oder Rente bekommen. Wir erarbeiten auch alles, was die Unternehmer an Steuern oder Rentenbeiträgen zahlen. Und natürlich den gigantischen Reichtum, den sich die Kapitalisten in die Tasche stecken.

Die Regierung hingegen ist so sehr damit beschäftigt, den Kapitalisten noch mehr Geld zuzuschanzen, dass sie selbst ihre kleine Grundrente – mit der sie den Wählern ihr soziales Gewissen beweisen wollte – letztlich den meisten armen Rentnern verweigert.

Sie verweigert sie Millionen Rentnern, die keine 35 Beitragsjahre voll haben, zum Beispiel weil sie krank geworden sind – oder weil sie zwischendurch mehrere Kinder großgezogen haben.
Ebenso verweigert sie sie drei Millionen Rentnerinnen, die zwar 35 Jahre und länger eingezahlt haben, deren Ehepartner aber angeblich „zu viel" verdient. Eine Verkäuferin zum Beispiel, die 40 Jahre an der Kasse gestanden und nun 600 Euro Rente hat – und deren Mann als Stahlarbeiter 1.500 Euro Rente bekommt, erhält die Grundrente nicht... weil es ihr laut der CDU „zu gut" geht!

Am gleichen Tag aber, als die Regierung nach zwei Jahren (!) Diskussion 1 Milliarde Euro für die Grundrente bereitgestellt hat, hat sie 10 Milliarden Euro bereitgestellt, um Firmen bei der Digitalisierung zu unterstützen. Da hat sie natürlich nicht gefragt, ob es den Firmen nicht vielleicht „zu gut" für diese staatliche Hilfe geht. Ebenso wenig, als sie beschlossen hat, Firmen mit über einer Milliarde Euro beim Kauf von E-Dienstwagen zu sponsern. Und den Energie-, Auto- und Immobilienkonzernen, die mit dem „Klimapaket" bis zu 50 Milliarden Euro geschenkt bekommen, geht es nicht zu gut für staatliche Hilfen?

Ohne mit der Wimper zu zucken, überhäuft die Regierung die reichen Kapitalisten mit unendlichen Summen – und plündert dafür die öffentlichen Kassen.

Also nein, es mangelt nicht an Reichtum in diesem Land. Die unfassbaren Reichtümer der Konzerne und die großzügigen Geschenke der Regierung an sie führen es uns jeden Tag vor Augen. Und wenn wir Arbeitenden, die einzige produktive Klasse der Gesellschaft, trotzdem immer ärmer werden – dann weil es das Kräfteverhältnis den Kapitalisten ermöglicht, einen immer größeren Teil dieses Reichtums an sich zu reißen.

Die kapitalistische Klasse benutzt dafür alle ihre Machtmittel: Sie benutzt die Tatsache, dass sie Unternehmen und Banken wie auch die Presse besitzt – außerdem einen ganzen Staatsapparat, der ihr zu Diensten ist.

Doch wir Arbeitenden verfügen über ein noch größeres Machtmittel: Denn wir machen die gesamte Arbeit in dieser Wirtschaft. Ohne uns läuft gar nichts. Diese entscheidende Rolle verleiht uns die Möglichkeit und die Kraft, den Kampf gegen diese parasitäre kapitalistische Klasse und ihre Angriffe aufzunehmen und gemeinsam das Kräfteverhältnis umzukehren – und damit auch der ganzen Gesellschaft eine andere Zukunft zu eröffnen.

Irak: Massenproteste gegen Armut, Korruption und die religiösen Parteien

Seit bald zwei Monaten gehen Hunderttausende vor allem junge Menschen im Irak auf die Straße. Mutig stellen sie sich den Machthabern entgegen und verlangen Arbeit, würdige Lebensbedingungen, das Ende der Korruption und den Rücktritt der Regierung und aller korrupten Politiker. Nach all den Jahren des Krieges und des Lebens in einem zerstörten Land brechen sich in den Protesten die sozialen Forderungen der Bevölkerung und ihr Wunsch nach einem würdigen Leben Bahn.



Die Regierung reagiert mit brutaler Gewalt. Sie hat bereits über 300 getötet und 15.000 verletzt. Doch es gelingt ihr nicht, die Massenproteste einzudämmen. Viele können und wollen die jetzigen Zustände einfach nicht mehr ertragen. „*Wir haben keinen Öffentlichen Dienst mehr, keine Krankenhäuser. Die Schulen sind in erbärmlichem Zustand, alles wird immer schlimmer. 90% der Leute haben hier keine wirkliche Arbeit*“, klagt ein Arbeiter aus den Arbeitervororten Bagdads das Regime an.

Die Arbeitslosigkeit trifft ganz besonders junge Leute, die gegen den Islamischen Staat gekämpft haben und die sich nun ohne Arbeit und Zukunft auf der Straße wiederfinden.

Die Wut richtet sich insbesondere gegen die unerträgliche Korruption auf allen Ebenen des Staates, angefangen bei der Regierung und den religiösen Parteien unterschiedlichster Glaubensrichtungen, die sie unterstützen. Selbst nach offiziellen Angaben haben die korrupten Politiker 410 Milliarden Dollar an staatlichen Geldern abgezweigt und auf ihre Privatkonten geschafft, seit das Regime 2003 von den USA installiert wurde.

Damals hatten die USA den Irak nach einem zerstörerischen Krieg besetzt. Um das Land besser unter Kontrolle zu halten, führten sie eine neue Verfassung ein, in der sie den Irak nach religiöser und ethnischer Zugehörigkeit ordneten. Sie teilten den Irak in eine schiitische, eine sunnitische und eine kurdische Zone und zwangen jede Bevölkerungsgruppe, eigene Parteien zu gründen. Vorher hatte es nur irakische Parteien gegeben, jetzt gab es dank den USA auf einmal sunnitische, schiitische und kurdische Parteien, die alle korrupt waren – und alle außerdem ihre eigenen bewaffneten Milizen gründeten.

Diese Milizen fanden in dem völlig ausgebeuteten, zerrütteten und gespaltenen Land einen idealen Nährboden. Sie wurden immer stärker, terrorisierten die Bevölkerung und bekriegten sich gegenseitig – insbesondere weil viele dieser Milizen von unterschiedlichen Großmächten bewaffnet und unterstützt werden, die sich um den Einfluss im Irak streiten: allen voran die USA und der Iran. Die vom Iran zur Bekämpfung des IS gegründeten Milizen sind derzeit besonders stark und beherrschen vielerorts das Leben der Menschen.

Während der Imperialismus dafür gesorgt hat, dass das Land von konkurrierenden religiösen Milizen beherrscht wird, setzen sich die Massenproteste über alle diese Spaltungen hinweg. Die Demonstrationen richten sich gegen die Machthaber, Parteien und Milizen jeder religiösen Richtung. Denn hinter ihrem religiösen Etikett sind sie überall gleich – und ebenso die Lebenssituation der Bevölkerung. „*Im Namen der Religion plündern uns die Diebe aus*!“, rufen sie in den Demonstrationen.

Ein 22-jähriger Student erklärt: „*Wir finden keine Arbeit, wenn wir nicht einer Partei beitreten. Wir haben die Nase voll vom Rassismus, von der Spaltung nach Religionszugehörigkeit. Wir wollen einfach Iraker sein und von kompetenten Leuten regiert werden*.“

Gerade das aber ist der springende, alles entscheidende Punkt: Der ständige Kriegszustand und das daraus resultierende Elend lassen sich nicht durch einen einfachen Regierungswechsel beenden. Denn neben den Herrschern vor Ort sind hierfür auch und vor allem die Herrschenden der imperialistischen Staaten verantwortlich, angefangen bei dem mächtigsten von ihnen: den USA.

Einen Ausweg aus ihrer unerträglichen Lage gibt es für die arbeitende Bevölkerung nur dann, wenn sie sowohl die imperialistische Herrschaft in Frage stellt als auch die mit den Imperialisten verbundenen lokalen Machthaber stürzt.

Die Massen im Irak sind in der Region nicht allein mit ihren Kämpfen und Hoffnungen. Auch im Libanon und jetzt sogar im Iran gehen derzeit Hunderttausende für ein würdiges Leben auf die Straße. Ebenso wie in zahlreichen Ländern auf dem südamerikanischen Kontinent.

Durch diese Kämpfe kann die arbeitende Klasse Mut und Energie schöpfen. Sie kann anfangen, sich zu organisieren und vor allem ein Bewusstsein ihrer eignen Interessen und ihrer Perspektiven entwickeln.

Mehr Kriegseinsätze zum Wohl der deutschen Konzerne?

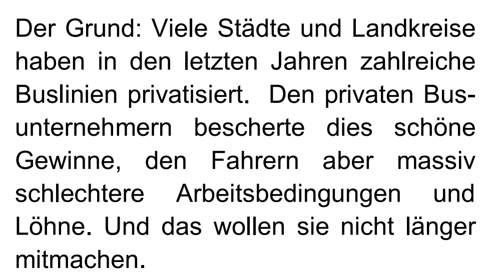
Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer (CDU) hat die Einrichtung eines „Nationalen Sicherheitsrats“ gefordert, um „Diplomatie, Militär und Wirtschaft“ besser zu koordinieren. Im gleichen Atemzug erklärte sie, die Bundeswehr müsse sich deutlich mehr an Kriegen im Ausland beteiligen – und nannte den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan ernsthaft als gelungenes Beispiel und Vorbild dafür! Außerdem forderte sie, zukünftig verstärkt deutsche Truppen in den asiatischen Raum zu schicken, um dort „ein klares Zeichen gegenüber dem Machtanspruch Chinas zu setzen“.

Das sind nicht mehr nur leere Worte, sondern eine reale Bedrohung. Die Konkurrenz zwischen den Konzernen und ihren Staaten wird überall heftiger und brutaler. Auch die deutsche Regierung bereitet sich daher darauf vor, die Interessen ihrer Konzerne verstärkt mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen. Wenn wir das verhindern wollen, müssen wir die Ursache der Kriege beseitigen: den Kapitalismus!

Streik der Busfahrer: Viele verschiedene Busfirmen, ein gemeinsamer Kampf



In Hessen sind 3.300 Busfahrer privater Busunternehmen dem Aufruf von ver.di gefolgt und seit Dienstag, den 19. November in einen unbefristeten Streik getreten.
In einigen Städten fährt kaum noch ein Bus, allein in Frankfurt werden nahezu alle der 64 Buslinien bestreikt. In Darmstadt streikten außerdem städtische Straßenbahnfahrer einen Tag lang aus Solidarität mit.



Der Grund: Viele Städte und Landkreise haben in den letzten Jahren zahlreiche Buslinien privatisiert. Den privaten Busunternehmern bescherte dies schöne Gewinne, den Fahrern aber massiv schlechtere Arbeitsbedingungen und Löhne. Und das wollen sie nicht länger mitmachen.
Sie fordern, dass ihre Stundenlöhne von 13,50 auf 16,60 Euro und ihre Urlaubstage 25 auf 30 erhöht werden – und dass die Wartezeit an den Endhaltestellen endlich wieder als Arbeitszeit bezahlt wird.

Mit der Privatisierung wurden die Fahrer zersplittert. Sie sind in zig verschiedenen Busfirmen, wo jeder seinem Chef alleine gegenübersteht. Doch mittlerweile haben sie sich organisiert und in über 20 Städten gemeinsam einen offensiven Kampf für ihre Löhne und Arbeitsbedingungen aufgenommen.

CDU, FDP und AfD fordern Gerechtigkeit… für Reiche

Der Soli wird also für 90% der Bevölkerung abgeschafft.

Für viele Arbeitende mit Niedriglöhnen, Teilzeit oder Minijobs ändert sich dadurch nichts. Sie haben so niedrige Einkommen, dass sie ihn auch schon vorher nicht zahlen mussten und konnten.

Alle anderen Arbeiter aber und fast alle Selbstständigen müssen nun immerhin ein paar Euro weniger Steuern zahlen.

CDU, FDP und AfD aber werden nicht müde wettern, wie „ungerecht" es sei… dass die Konzerne und 10% Reichsten den Soli weiter zahlen sollen.

Sie ziehen jetzt sogar vor das Verfassungsgericht, damit die Kapitalisten – die sich schon mehr als genug auf Kosten der Allgemeinheit bereichern – noch weniger zur Bezahlung von Schulen, Krankenhäusern oder Straßen beitragen müssen.

100 Jahre nach der Niederschlagung der deutschen Revolution, 60 Jahre nach Bad Godesberg:

Die SPD hat sich im Dienste des Kapitalismus aufgebraucht

1959, vor 60 Jahren, gab sich die SPD in Bad Godesberg ein neues Parteiprogramm: Mit ihm warf die SPD die letzten Reste über Bord, die sie noch mit ihrer fernen Vergangenheit als revolutionäre, sozialistische Arbeiterpartei verbanden.

Die SPD strich aus dem Programm jegliche Idee von Enteignung großer Konzerne und von einer sozialistischen Zukunft, in der die arbeitende Klasse die Wirtschaft übernimmt und im Interesse des Gemeinwohls leitet.
Stattdessen erklärte sie nun, die kapitalistische Marktwirtschaft könne allen Menschen Wohlstand und ein besseres Leben bringen... wenn man sie nur richtig organisiere. Wie dieser angebliche „Wohlstand für alle" aussieht, das erleben wir heute!

Vor allem verabschiedete sich die SPD vom Klassenkampf und damit von der Idee, dass die Arbeitenden für ihre Interessen gegen die kapitalistische Klasse kämpfen müssen und dass die Arbeiter die einzige Klasse sind, die eine andere, eine bessere und gerechtere Gesellschaftsordnung erkämpfen können. Vom wissenschaftlichen Marxismus ging sie zurück zu einem Weltbild geprägt von „Humanismus, christlicher Ethik und klassischer Philosophie". Sie behauptete von nun an auch nicht mehr, eine Arbeiterpartei zu sein.

Tatsächlich hat die SPD nicht erst in Bad Godesberg, sondern schon viel früher die Seiten gewechselt und gegen die Arbeiter die Interessen der Kapitalisten durchgesetzt. Es begann bereits 1914, als sie die Arbeiter dazu aufrief, in den 1. Weltkrieg zu ziehen, der für die Profitinteressen der Konzerne geführt wurde. Und erst recht seit 1918/19, wo sie die beginnende Revolution der Arbeiter erwürgte und so den Sturz des Kapitalismus verhinderte.

Doch damals tat sie noch so, als stünde sie auf Seiten der Arbeiter. Und so waren auch in den Jahren danach die große Mehrheit ihrer Mitglieder weiterhin Arbeiter, die mit Mut und Überzeugung gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Zukunft kämpfen wollten – so, wie es das damalige Parteiprogramm der SPD noch verkündete.

Dies veränderte sich bereits in den darauffolgenden Jahrzehnten. Doch auch 1959 waren noch immer viele Arbeiter in der SPD schockiert und empört, als die SPD-Führung die Hüllen fallen ließ und zum Vertreter des Kapitalismus und auch der kapitalistischen Kriege wurde.

Seit den 1980er Jahren nun verlangt die kapitalistische Klasse immer massivere Angriffe gegen die Arbeiter und eine immer rücksichtslosere Plünderung der Öffentlichen Kassen, um in der anhaltenden Krise trotzdem ihre Profite steigern zu können. Sie verlangt dies von allen Parteien, die in ihrem Dienst regieren, also auch von der SPD.
In dieser bedingungslosen Verteidigung der Profite hat die SPD sich endgültig erschöpft und diskreditiert. Es ist nicht einmal mehr sicher, wie lange sie noch die 5%-Hürde schaffen wird.

Es gibt also keinen Grund, der SPD der 70er Jahre hinterher zu trauern. Was (damals wie heute) aufgebaut werden muss, ist eine wirkliche Arbeiterpartei, also eine sozialistische und revolutionäre Partei.

Tesla: Moderne Technologie – uralte Ausbeutung



Begeistert haben die herrschenden Politiker den Bau eines „Giga-Werks“ von Tesla in Brandenburg begrüßt: Mit ihm würden Fortschritt und modernste Technologien des Autobaus Einzug halten.

Fortschritt? In den USA sind die Giga-Fabriken von Tesla vor allem für eins bekannt: für ihre Giga-Ausbeutung. Bis zu 12 Stunden täglich müssen die Arbeiter dort am Fließband schuften – für Löhne, die deutlich unter denen anderer US-amerikanischer Autohersteller liegen. Und wer davon krank wird, dem droht die Kündigung.

Ein Fortschritt für die Arbeiter und die gesamte Menschheit werden moderne Technologien erst dann werden, wenn die Arbeiter die Kapitalisten enteignet und die modernen Technologien wie auch die gesamte Wirtschaft in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben.

Amazon: Der Weihnachtsmann streikt

Seit neustem organisiert Amazon in Rheinberg Führungen durch das Lager, um zu zeigen, wie toll doch die Arbeitsbedingungen in Wahrheit sind.

Stimmt! Sie sind so toll, dass die Arbeiter gar nicht mehr nach Hause wollen: Sie bleiben derzeit im Weihnachtsgeschäft gleich sechs Tage die Woche da, täglich zehn Stunden – in der Mittagsschicht bis ein Uhr morgens!

Und da wundern sich die Bosse von Amazon, warum in dieser idyllischen Vorweihnachtszeit über 450 Arbeiter in Rheinberg zwei Tage lang… gestreikt haben.

Für eine Mauer, die fiel, wurden Dutzende errichtet

Vor 30 Jahren ist die Berliner Mauer gefallen. Viele Politiker haben zu diesem Anlass an ihre Unmenschlichkeit und Grausamkeit erinnert und an die Begeisterung, als sich diese Grenze mitten durch Deutschland endlich öffnete.

Die Mauer war in der Tat barbarisch. Doch wie viele Dutzend solcher Mauern und Grenzen sind seitdem entstanden? Die 4 Meter hohe Mauer gegen Flüchtlinge, die Ungarn zur serbischen Grenze errichtet hat – und Bulgarien an seiner Grenze zur Türkei. Die Mauer, die Frankreich und Großbritannien in Calais errichtet haben. Die 681 km lange israelische Mauer, die Palästina umzingelt. Die berüchtigte Mauer von Trump gegen mexikanische Einwanderer...

Waren es 1989 noch 16 solcher Grenzmauern, gibt es heute 65 davon, mit mehreren tausend Kilometer Länge. 20 Milliarden Dollar werden jährlich ausgegeben, um sie zu bauen und mit militärischen Gerätschaften auszustatten, gegen die die Berliner Mauer harmlos war.

Ja, diese kranke Gesellschaftsordnung bringt nicht nur immer mehr Krieg, Elend und Verzweiflung hervor. Die Herrschenden versuchen obendrein, die Opfer dieser Zerrüttung einzusperren – um sie daran zu hindern, dorthin zu fliehen, wo es etwas besser ist. Es geht soweit, dass sie sie in regelrechte Konzentrationslager sperren!

Was die Herrschenden den damaligen Staatschefs des Ostblocks vorwerfen, wird heute von ihnen selber hundertfach so oft und noch grausamer umgesetzt. Sicher ein Beweis für die Überlegenheit des Kapitalismus.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 13€ pro Jahr!

Strom: Doppelte Rechnung

Bei der Ankündigung ihres sogenannten „Klimapakets“ hatte die Regierung erklärt, für die Verbraucher gäbe es einen Ausgleich: Sprit und Heizung würden zwar teurer, der Strom aber dafür billiger.
Von wegen! Keine zwei Wochen später haben die Stromanbieter angekündigt, die Preise nächstes Jahr schon wieder um über 5% zu erhöhen.

Denn die Stromkonzerne stecken zwar mit Freude die Milliarden an Öffentlichen Geldern ein, die die Regierung ihnen mit dem angeblichen „Klimapaket“ schenken will. Doch das hindert sie nicht daran, bei der einfachen Bevölkerung gleich ein zweites Mal abzukassieren.

Scheuer: Dem Wohl der Kapitalisten verpflichtet

Als sich abzeichnete, dass die PKW-Maut verboten werden könnte, hat CSU-Verkehrsminister Scheuer trotzdem einfach den Auftrag für Planung, Bau und Unterhaltung der Mautanlagen vergeben – an einen deutschen und einen österreichischen Unternehmer.

Nun, wo die Maut doch nicht kommt, können diese beiden Multimillionäre dank Scheuer bis zu 500 Millionen Euro Schadensersatz für den geplatzten Auftrag kassieren… ohne dafür einen Handschlag tun zu müssen.

Scheuer hat dafür seinen Ruf und sogar seinen Ministerposten riskiert. Was tut man als Minister nicht alles für das Wohl der Kapitalisten!

Ihr Konto ist schon lange überzogen

Wer seinen Dispo-Kredit nutzen oder sein Konto überziehen muss, zahlt horrende Zinsen: oft 10 bis 15%. Gerade Arbeiter oder Rentner mit wenig Einkommen kommen schnell in diese Lage. Denn oft reicht schon eine Reparatur oder eine Stromnachzahlung, damit das Konto nicht mehr gedeckt ist.

Die Banken ihrerseits aber bekommen das Geld zu NULL Prozent Zinsen von der Europäischen Zentralbank.
Auf dem Rücken der Ärmeren machen sie so einen riesen Reibach… und treiben Arbeiterfamilien skrupellos in die Überschuldung.